



Pressemitteilung

„Digitalisierung in der verwaltungsgerichtlichen Praxis“
– fachlicher Austausch mit dem Bay. Innenministerium –

Würzburg, 17. Februar 2022

Mit Frau Ministerialdirektorin Brigitta Brunner empfing das Verwaltungsgericht Würzburg heute hohen Besuch aus der Landeshauptstadt. Brunner, die im Bayerischen Innenministerium u.a für „Verfassungsschutz und Cybersicherheit“ verantwortlich ist, tauschte sich mit Gerichtspräsident Hubert Strobel vor Ort über die Herausforderungen der Digitalisierung in der verwaltungsgerichtlichen Praxis aus. Insbesondere die digitale Infrastruktur der Gerichtssäle bot dem Gast aus dem Ministerium die Gelegenheit, die Technik gleich selbst unter fachkundiger Anleitung von Gerichtspräsident Strobel tatkräftig auszuprobieren.

Bei ihrem Rundgang durch das Gerichtsgebäude konnte Ministerialdirektorin Brunner sich außerdem ein Bild machen, wie sehr die „Digitalisierung“ bereits im Alltag des Verwaltungsgerichts verankert ist. Gerichtspräsident Strobel erläuterte ihr am praktischen Beispiel die einzelnen Verfahrensschritte, die eine Klage vom elektronischen Eingang über die computergestützte Verwaltung der Gerichtsakte, den digitalen Schriftwechsel der Parteien und die virtuelle Beiziehung von Behördenakten bis zur abschließenden elektronischen Übermittlung des schriftlichen Urteils durchläuft.

Selbst die mündliche Verhandlung, in der Regel das Herzstück eines Gerichtsverfahrens, komme – so Gerichtspräsident Strobel – in vielen Fällen nicht mehr ohne digitale Unterstützung aus. Über die in den Sitzungssälen vorhandenen Bildschirme könnten Lagepläne visualisiert, wichtige Punkte für alle Beteiligten zeitgleich lesbar gemacht, oder sogar Zeugen, Sachverständige und Beteiligte mittels der neu installierten Videokonferenztechnik digital zugeschaltet werden.

Pressestelle

Ri"nVG Carolin Opel
RiVG Philipp Hornung
Frau Barbara Fuchs

Dienstgebäude

Burkarderstraße 26
97082 Würzburg

Telefon

0931/41995-555

Telefax

0931/41995-299

E-Mail

presse@vg-w.bayern.de
www.vg-w.bayern.de

Zwar verlange ein solches Vorgehen den Richtern einiges an neuen Kompetenzen und Fähigkeiten ab, jedoch lohne sich diese Mühe, ist Strobel überzeugt. „Bei den Verwaltungsgerichten herrscht als erster Instanz noch kein Anwaltszwang. Deswegen ist es umso wichtiger, Transparenz herzustellen und durch die visuelle Aufbereitung von Informationen gegenseitiges Verständnis zu wecken“, betonte Strobel. Damit könne man – wie Strobel aus eigener langjähriger richterlichen Praxis weiß – einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass zwischen den Beteiligten auch langfristig wieder Rechtsfrieden entstehen könne.

Ministerialdirektorin Brunner zeigte sich von den vielfältigen Erfahrungen, die man beim Verwaltungsgericht Würzburg mit den digitalen Sitzungssälen gesammelt habe, beeindruckt. Das Geld, das dafür aus München geflossen sei, sei eine gute Investition gewesen. Neben dem Dank von Gerichtspräsidenten Strobel nahm Brunner deshalb auch einige wichtige Impuls für die künftigen Rahmenbedingungen in der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit ins Bayerische Innenministerium.